

Eingeführte Marke

Politiker und Intendanten streiten sich um das Konzept des geplanten bundesweiten Radiosenders.

Am 17. Juni, dem früheren Tag der Deutschen Einheit, will Helmut Kohl der Nation etwas Gutes tun. Um zu zeigen, daß zusammenwächst, was zusammengehört, möchte der Einheitskanzler die Staatsverträge paraphieren, die dem Volk ein westöstliches Medium bescheren. Wahrscheinlicher Name: Deutschlandradio.

Die Erwartungen sind groß. „Das neue Haus“, salbadert Günther von Lojewski, 57, Intendant des Senders Freies Berlin (SFB), „muß durch vorgelebte Integration zur deutschen Integration beitragen.“ SPD-Mann Wolfgang Clement, 52, Chef der nordrhein-westfälischen Staatskanzlei, beschreibt das erhoffte Konzept: „Der bundesweite Hörfunk soll regional geerdet sein, ohne dadurch provinziell zu werden.“

Am 1. Januar 1994 soll das Radio auf einem Flickenteppich von UKW-Sendegebieten loslegen. Hinter den Strategen des nationalen Hörfunks liegen dann



Radio-Planer von Lojewski, Cramer: „Viele sitzen nur herum“

fast drei Jahre Streit – um Geld, Frequenzen, Personal und Programm. Ursprünglich war geplant, die Station schon Anfang dieses Jahres in Betrieb zu nehmen.

Das Deutschlandradio ist der Versuch der Rundfunkgewaltigen, mit den Folgen des Mauerfalls fertig zu werden. Einstige Propagandakanäle des Kalten Krieges bekommen eine neue Chance: Der bundeseigene Deutschlandfunk (DLF), das US-Relikt Rundfunk im Amerikanischen Sektor (Rias) und DS-Kultur, die Auffangstation des Deutschlandsenders der DDR, dürfen aus standortpolitischen Gründen nicht einfach so untergehen – sie fusionieren und bilden zusammen den neuen Großsender.

Leichter gesagt als getan. So kurzweilig wie das bisherige Gezerre werden die beiden Programme des Deutschlandradios wohl kaum.

Sicher ist nur, daß Intendanz und Verwaltung nach Köln kommen. Wegen des Rests liegen Deutschlandfunk und Rias im Clinch. Jeder will so viel wie möglich von seinem Sender in die neue, gemeinsame Zukunft hinüberretten. Einig sind beide bloß in der Ablehnung des Namens Deutschlandradio.

Der öffentlich-rechtliche Programmausschuß, mit Ex-ZDF-

Chefredakteur Reinhard Appel, 66, und Lojewski an der Spitze, hat zu einem Wortkanal, gesendet aus Köln, und einer Kulturwelle, gesendet aus Berlin, geraten. Das versteht der Rias als Einladung für ein unterhaltendes Programm. Die Ostdeutschen von DS-Kultur dagegen wollen mehr informative Magazine.

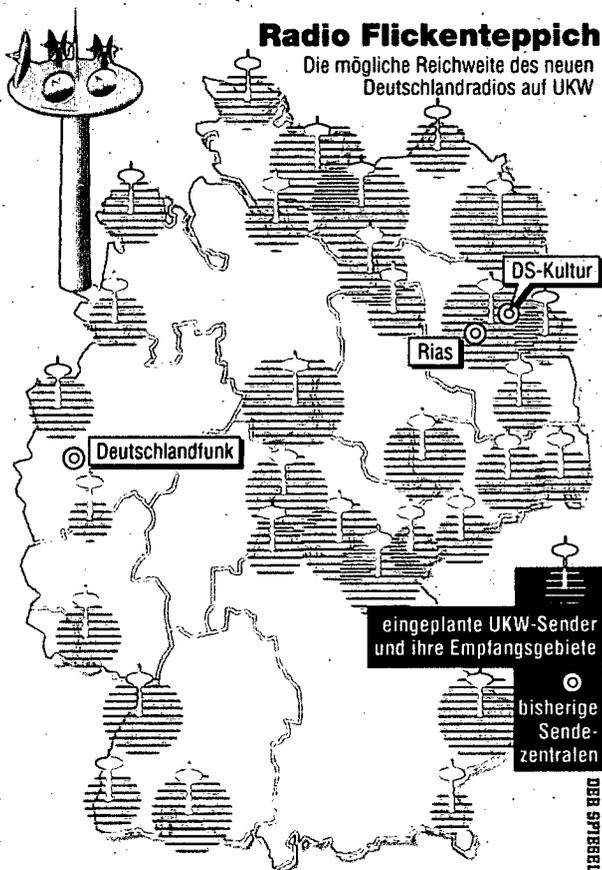
Die Deutschlandfunker wiederum möchten überhaupt nicht einsehen, daß sie den beiden Berlinern etwas abgeben sollen. Ursprünglich war geplant, beiden Deutschlandradio-Programmen jeweils 22 Millionen technisch erreichbare Hörer zuzuordnen. Damit hätte der Deutschlandfunk, künftig wohl das erste Programm des Deutschlandradios, allerdings fünf UKW-Frequenzen verloren – inklusive Stammpublikum. In Hamburg etwa schalten fünf Prozent der Hörer das werbefreie Programm aus Köln via UKW ein.

DLF-Chef Dettmar Cramer, 63, gelang es in letzter Minute, das Vorhaben zu kippen. Cramer: „Wir sind doch ein über Jahre eingeführtes Markenzeichen.“

Personal muß Cramer trotzdem ziehen lassen. In zwei Schüben geben DLF und Rias 480 Mitarbeiter an die Europa-Redaktion des Auslandsenders Deutsche Welle ab. Noch sind in den drei Gründungsanstalten des Deutschlandradios zusammen 1200 Mitarbeiter beschäftigt. Zum Jahresende sollen es nur noch 978 sein, 1997 dann rund 710.

Strittig ist, wie groß DS-Kultur bleiben soll, künftig Teil des zweiten Deutschlandradio-Programms. Derzeit arbeiten dort noch 186 Menschen. Cramer über die Kollagen in der Ost-Berliner Nalepastraße: „Viele dort sitzen nur herum.“

Das Hickhack wird schon seit Anfang vorigen Jahres vom Gebührenzahler finanziert. 75 Pfennig kostet ihn seither der geplante Nationalfunk jeden Monat. Das einbehaltene Geld, rund 300 Millionen Mark jährlich, lagert auf einem Sperr-



konto der Kölner Gebühreneinzugszentrale.

Von diesen Gebühren fürs Deutschlandradio bekommt der Bund einmalig 155 Millionen Mark. Dafür darf die neue Körperschaft öffentlichen Rechts von DLF und Rias die Immobilien und Technik, von der Telekom die Sendeanlagen übernehmen.

Doch immer noch ist beim Großradio Wichtiges nicht im Lot. Zum Beispiel fehlt ein Intendant. Als aussichtsreicher Kandidat gilt der SPD-Bundestagsabgeordnete Günter Verheugen, 49, nachdem die einstigen DDR-Oppositionellen Richard Schröder, 49, und Friedrich Schorlemmer, 48, abgewinkt haben.

Weitere politische Querelen sind garantiert. Die Ratifizierung des Radio-Staatsvertrages in allen 16 Länderparlamenten ist gefährdet. Zwar hat keine Landesregierung gegen das Konzept Einspruch erhoben, aber die Ministerpräsidenten können sich ihrer eigenen Abgeordneten nicht sicher sein. Die CDU-Mehrheitsfraktion in Sachsen etwa formulierte, ganz in Sorge um das Kulturprogramm des Mitteldeutschen Rundfunks, Unbehagen über die zwei nationalen Hörfunkwellen. Das verstoße gegen das föderale Prinzip.

Zustimmen wollen die Sachsen nur, wenn der Sender lediglich ein einziges Programm ausstrahlt, das dann immerhin 50 Prozent der Haushalte erreichen könnte. Dann würde das nationale Deutschlandradio seinem Namen wenigstens halbwegs Ehre machen.

Medien

East is beautiful

In Ostdeutschland machen sich Piratensender breit. Vorboten einer neuen Widerstandskultur?

Die Lauscher in der Berliner Funküberwachungszentrale der Telekom erschrecken. Ein Kampfschrei zerriß das Rauschen im UKW-Band, eine FDJ-Singschar schmetterte zur Klampfe: „Hier sind wir aber iii-himmer noch ...“

Gelernte Hauptstädter identifizierten den Song sogleich als 20 Jahre altes Kampflied gegen die Springer-Propaganda vom nahen Untergang der DDR: „... und der Staat ist noch da, und die Arbeiter bauen das Land. Es lebt, es lebe hoch.“

Nach zehn Minuten Sendebetrieb herrschte wieder Stille im Äther, am folgenden Abend waren die Funker erneut auf Sendung: „Hier ist Radio P auf UKW einhundertfünffkommafünff.“



Illegale Senderantenne in Berlin: „Wir grüßen den Peilwagen B-UT 715“

P steht für den Stadtbezirk Prenzlauer Berg im Osten Berlins, und als dessen Stimme versteht sich der illegale Sender. Frank Castorf, Intendant der Volksbühne, ließ anfangs das Spontiradio sogar vom Dach seines staatlich subventionierten Theaters funken – am Prenzlauer Berg hält zusammen, was schon immer zusammengehörte.

Da ist die Verkehrsberuhigung an einem Spielplatz eine Sondersendung wert oder die neueste Platte irgendeiner Kiezkapelle. „Jede Lokalgeschichte“, sagt einer der Rundfunkpiraten, „ist eine gute Geschichte und umgekehrt. Kultur ist so wichtig wie Politik.“

Das alte Medium Radio ist für die Bürger der fünf neuen Länder identitätsstiftend, vor allem für die Jugendlichen. Im Osten rumort eine eifrige Piratenszene auf Ultrakurzwellen in Dresden („Coloradio“), Leipzig („Kanal X“), Chemnitz („Radio T“), Weimar („Radio Pirate Transmission“) und Erfurt („Freies Radio Erfurt International“). In Rostock, Potsdam-Babelsberg und Ilmenau gehen demnächst weitere Lokalradios auf Sendung.

Die illegalen Stationen signalisieren Auflehnung gegen die westdeutsche Mediendominanz und „Widerstand gegen die Zerstörung der sozialen und kulturellen Identität“ (Charta der Freien Radios Ostdeutschlands) im Beitrittsgebiet. Dem stummen Leiden am neuen Deutschland trotzt Kanal X mit der stolzen Parole „East is beautiful“.

Die Piraten, die sich zum Förderverein „Frost“ (Freie Radios Ost) zusammengeschlossen haben, fordern die Legalisierung ihrer nichtkommerziellen Sender. Die deutsche Vereinigung blockiert die Demokratisierung des Ost-Äthers, klagen sie. Senderechte würden ausschließlich an vermögende Radiobe-

treiber vergeben. Dies führe zu Einheitsgedudel und unterdrücke die letzten Regungen von Autonomie in den neuen Bundesländern.

Soviel ungewohntes Selbstbewußtsein führt im Osten leicht zur Legendenbildung: Längst hat der Mythos Radio P ein Eigenleben entwickelt und überstand selbst eine fast einjährige Sendepause, die Post und Polizei mit einer Großrazzia, der Beschlagnahme eines Senders und Strafanzeigen gegen zwei Funker erzwungen hatten.

Entscheidend ist, daß irgendwo auf den Dachböden über den bröckelnden Altbaufassaden ein paar Leute den Westmedien die Stirn bieten – auch wenn die wenigsten Bewohner des lebendigsten und widerborstigsten Berliner Bezirks je Radio P gehört haben.

Axel Zerdick, Medienwissenschaftler an der West-Berliner Freien Universität, erkennt in dieser Glorifizierung die „Vorboten einer Intifada-Kultur am Prenzlauer Berg“. Die soziale Schiefelage der deutschen Einheit treibe den Osten zunehmend ins innere Exil, und „die Verlierer igeln sich ein“. Im Zentrum dieser „aggressiven Abschottung“ entwickle sich Ost-Berlin zur „Westbank der Bundesrepublik“.

Auf Podiumsdiskussionen fordert Zerdick deshalb unermüdlich die Duldung des schwarzen Kanals: Solange der Sender „keine Flugzeuge vom Himmel“ hole, sei nur zu begrüßen, daß junge Menschen das Radiomachen für eine wichtige Sache halten.

Technische Perfektion spielt in den drei Untergrundstudios von Radio P keine Rolle. Die Schnitte krachen, als würde das Überspielkabel durchgebissen. Per Handzettel und Flüsterpropaganda in Kinos und Kneipen erfährt die Hörergemeinde, wann sie einschalten